

Eingang:

Frankfurt, 22. Mai 2013

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Arbeitsrechtliche Aufklärung für Migrant\_innen aus Osteuropa**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird beauftragt,

Geeignetes Informationsmaterial (Infolyer und Broschüre) zu erstellen, das über die arbeitsrechtlichen Bedingungen von *Arbeit ohne Arbeitserlaubnis* und die sogenannte *Scheinselbstständigkeit* informiert:

- a. Unterschiedliche Formen von Arbeitsverhältnissen (abhängiges und selbstständiges Beschäftigungsverhältnis, Werkverträge/Gewerbeschein, Mini-Jobs) werden genannt und ihre Voraussetzungen kurz erläutert.
- b. Auch wer ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis arbeitet, hat Rechte: Die Broschüre klärt auf über Urlaub und Krankengeld, über gesetzliche und tarifliche Regelungen für die Arbeitszeit und über Branchen mit Mindestlöhnen. Insbesondere wird über Voraussetzungen und Gefahren der Scheinselbstständigkeit informiert.
- c. Die Broschüre erscheint mehrsprachig, der süd-osteuropäische Sprachraum wird abgedeckt.
- d. Die Broschüre verweist auf die gewerkschaftlichen Anlaufstellen *MigrAr* und *Faire Mobilität*, die sich in arbeitsrechtlichen Fragen auf diesen Bereich spezialisiert haben und Betroffene kompetent beraten können.
- e. Die Broschüre wird beim Ordnungsamt der Stadt Frankfurt in den Abteilungen ‚Gewerbeordnung‘ und ‚Ausländerangelegenheiten‘ und an anderen geeigneten Stellen ausgelegt.

## **Begründung:**

Zuwander\_innen leben und arbeiten in Frankfurt oft in prekären Verhältnissen. Sie kommen nach Deutschland, weil die Lebensbedingungen in ihren Heimatländern von großer Not und Armut geprägt sind. Speziell für Süd-Osteuropäer stellt sich die Situation so dar, dass sie als EU-Bürger\_innen zwar das Recht haben, sich in Deutschland aufzuhalten, ihr Zugang zum Arbeitsmarkt aber eingeschränkt ist.

Um dennoch hier Arbeit aufnehmen zu können, bleibt ihnen oft nichts anderes übrig als die Arbeit mittels Gewerbeschein als sogenannte Scheinselbstständige/r bzw. „selbstständige Ein-Personen-Subfirma“ im Rahmen der Niederlassungsfreiheit.

Die gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in Frankfurt, MigrAr, spricht von zwischen „25.000 und 50.000 „statuslosen“ Menschen (...)“, die derzeit im Rhein-Main-Gebiet leben und – oftmals ohne Arbeitserlaubnis – im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen, im Reinigungs-, Gaststätten- und Hotelgewerbe, aber auch im boomenden Frankfurter Wohnungsbau zum Einsatz kommen. Nach Schätzungen der Polizei arbeiten darüber hinaus 10.000 bis 12.000 Beschäftigte als „Scheinselbstständige“ in Frankfurt.

Mittels Scheinselbstständigkeit, die nichts anderes als verschleierte und illegale Leiharbeit ist – drücken sich Unternehmen vor ihren gesetzlichen Pflichten; werden Vereinbarungen über Tarife und Arbeitsbedingungen unterlaufen.

Durch die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen und das Auslagern von Unternehmensbereichen und Arbeitsverhältnissen wird hier unternehmerisches Risiko auf die arbeitssuchenden Menschen abgewälzt, deren Not und Sprachbarrieren werden ausgenutzt.

Die Kommune kann auf diesem Wege dazu beitragen, dass MigrantInnen aus den umliegenden europäischen Ländern, denen die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht vertraut sind, Zugang zu ihren Rechten und Unterstützung finden können.

## **DIE LINKE. im Römer**

Dominike Pauli  
Fraktionsvorsitzende

### AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele  
Stv. Lothar Reiningger  
Stv. Merve Ayyildiz  
Stv. Peter Gärtner